

Zeitschrift: Vermessung, Photogrammetrie, Kulturtechnik : VPK = Mensuration, photogrammétrie, génie rural

Herausgeber: Schweizerischer Verein für Vermessung und Kulturtechnik (SVVK) = Société suisse des mensurations et améliorations foncières (SSMAF)

Band: 97 (1999)

Heft: 4

Artikel: Agrarpolitik AP 2002 : neue Gesetzgebung = Politique agricole PA 2002 : nouvelle législation

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-235542>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 20.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Agrarpolitik AP 2002: neue Gesetzgebung

«Agrarpolitik 2002» schafft die Voraussetzungen dafür, dass die Landwirtschaft aus einer nachhaltigen Produktion eine gute Wertschöpfung erzielen kann. Die vertraute bäuerliche Vielfalt wird auch im Jahr 2002 erhalten bleiben. Die grösseren Spielräume für die Bäuerinnen und Bauern werden dazu führen, dass die Verschiedenheit der Tätigkeiten, der Produktionsformen und Strukturen eher zunimmt. Es wird weiterhin Betriebe unterschiedlichster Grösse und Ausrichtung geben. Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit und des Nebenerwerbs werden nochmals an Bedeutung gewinnen.

BLW: Abteilung Strukturverbesserungen

Der technische Fortschritt hat es möglich gemacht: Die inländische Nahrungsmittelproduktion ist allein zwischen 1980 und 1990 um neun Prozent gestiegen. Der Pro-Kopf-Konsum stagniert dagegen weitgehend, und die schweizerische Wohnbevölkerung hat im gleichen Zeitraum bloss um 6,4 Prozent zugenommen. Die Einstellung der Bevölkerung zur Landwirtschaft hat sich gewandelt. Während früher Quantität vor Qualität stand, ist es heute umgekehrt: Tier- und Umweltschutz sind zu zentralen Anliegen der Schweizerinnen und Schweizer geworden. Der Konsument verlangt zunehmend klar deklarierte und qualitativ hochstehende Produkte.

Das Reformpaket «Agrarpolitik 2002» schafft die Grundlagen, auf denen sich eine vielfältige, leistungsfähige und nachhaltige Landwirtschaft ihren Platz in unserer modernen Volkswirtschaft sichern kann. Mit «Agrarpolitik 2002» sollen zwei Hauptziele erreicht werden:

- Nachhaltige Produktion
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Am 29. April 1998 haben die Eidgenössischen Räte das neue Landwirtschaftsgesetz verabschiedet.

Die Volksinitiative «für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe» (Kleinbauern-Initiative) hatte als Ziel, sämtliche Markteingriffe des Bundes im Agrarbereich zu unterbinden, den Bauernbetrieben dafür aber Direktzahlungen von maximal 50 000 Franken pro Jahr zu garantieren. Bundesrat und Parlament lehnten die Initiative ab, weil sie einseitig

sei, notwendige Entwicklungen verbaue und Tausende von Arbeitsplätzen gefährde. Am 27. September 1998 wurde die Initiative mit 77% Nein-Stimmen von allen Ständen deutlich abgelehnt.

Der nächste Schritt bestand aus der Umsetzung des Gesetzes mit den neuen Verordnungen. Am 7. Dezember 1998 sind vom Bundesrat insgesamt 37 Vollzugsverordnungen verabschiedet worden. Sie wurden am 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt; einzige Ausnahme bilden die Bestimmungen zur Milch, die auf den 1. Mai 1999 in Kraft treten. Gleichzeitig wurden 99 bisherige Erlasse aufgehoben. Dieser Schritt ist rasch erfolgt, damit der Ernährungssektor insgesamt und insbesondere die Bäuerinnen und Bauern in einer nützlicher Frist verlässliche staatliche Rahmenbedingungen zur Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen sowie den dringend benötigten grösseren Spielraum erhalten.

Damit ist – sechs Jahre nach dem Start zur Agrarreform (Siebter Landwirtschaftsbericht des Bundesrates) und knapp zwei Jahre nach der Annahme des neuen Landwirtschaftsartikels in der Bundesverfassung (Art. 31^{octies} BV) sowie der Veröffentlichung der Botschaft zur Agrarpolitik 2002 – ein weiteres wesentliches Element der Reform der Agrarpolitik abgeschlossen worden. Im Bereich der Strukturverbesserungen sind drei neue Verordnungen massgebend:

- Strukturverbesserungsverordnung SVV
- Betriebshilfeverordnung BHV
- Verordnung über die Abstufung der pauschalen Ansätze für Investitionshilfen (PAUV)

Zweckmässige Strukturen verbessern die Wettbewerbsfähigkeit und vergrössern den Spielraum des Betriebsleiters und der Betriebsleiterin. Strukturverbesserungen tragen weiter zur Senkung der Produktionskosten, zur Verbesserung der Lebensbedingungen im ländlichen Raum und zur Verwirklichung ökologischer und raumplanerischer Ziele bei. Ausserdem erleichtern sie die Realisierung von Anliegen des Tier- und Gewässerschutzes. Mit erhöhten Investitionshilfen wird ein Anreiz geschaffen, besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme zu erstellen

Im Folgenden werden die Neuerungen und der Inhalt der drei Verordnungen für die *Bodenverbesserungen*, den *landwirtschaftlichen Hochbau*, die *Starthilfe* und die *Betriebshilfe* zusammenfassend dargestellt:

Bodenverbesserungen

Was ist neu?

- Höhere Beiträge für umfassende und gemeinschaftliche Massnahmen gegenüber einzelbetrieblichen Massnahmen
- Zusatzbeitrag für besondere ökologische Massnahmen
- Zusatzbeitrag bei erschwerter Finanzierung im Berg- und Sömmerungsgebiet
- Beitrag für Landerwerb bei naturnahem Rückbau von Kleingewässern und für die Schaffung ökologischer Vernetzungen
- Vereinfachung der Verfahren, Publikation im Bundesblatt entfällt
- Delegation der Projektgenehmigung, der Kontrolle, der Sicherung und der Erhaltung der Werke an die Kantone

Die grobe Gliederung der Bodenverbesserungen in gemeinschaftliche und einzelbetriebliche Massnahmen und die entsprechenden Abstufung der Unterstützung vereinfacht das bestehende System. Damit die Anliegen der Landwirtschaft, der Umwelt und der Raumplanung besser und integral gelöst werden können, sind die maximalen Beitragsätze für die umfassenden und gemeinschaftlichen Massnahmen höher angesetzt als für einzelbetriebliche Massnahmen, womit ein Anreiz geschaffen wird, die Bodenverbesserungen in einem grösseren Einzugs-

gebiet zusammenzufassen, sofern dies sinnvoll und machbar ist. Gegenüber der bisherigen Gestaltung der Beitragssätze nach Bodenverbesserungsarten stellt diese Gliederung eine grundlegend neue Philosophie dar.

Die Zuschläge für Bodenverbesserungen mit erschwerter Finanzierung im Berg- und Sömmerungsgebiet tragen den heutigen Erfordernissen besser Rechnung. Der Zusatzbeitrag für freiwillige ökologische Massnahmen soll Anreize schaffen, ökologische Massnahmen auch dort durchzuführen, wo diese nach dem Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz nicht obligatorisch vorgeschrieben sind. Der Landerwerb für den naturnahen Rückbau von Kleingewässern und für die Schaffung ökologischer Vernetzungen ist neu beitragsberechtigt.

Das Verfahren für die Projekte wird wesentlich vereinfacht. Entscheidend sind die Projektprüfung und -genehmigung auf kantonaler Stufe. Die Publikation mit Beschwerderecht der gesamtschweizerischen ideellen Organisationen führt neu ebenfalls der Kanton durch. Damit werden Doppelspurigkeiten vermieden und der Ablauf der Projekte beschleunigt.

Gesetzliche Grundlagen:

- Bundesverfassung (BV) Artikel 31^{octies}
- Landwirtschaftsgesetz (LwG) Artikel 87–112
- Strukturverbesserungsverordnung (SVV) Artikel 1–42; 49–64

Landwirtschaftlicher Hochbau und Starthilfe

Was ist neu?

- Wechsel von der Restfinanzierung zu pauschalen Investitionshilfen
- Berechnung der pauschalen Investitionshilfen je Einheit gestützt auf ein anrechenbares Raumprogramm und unabhängig von den Baukosten
- Gemeinsame Eintretenskriterien für Beiträge und Investitionskredite.
- Einkommens- und Vermögenslimiten
- Zuschläge von 20 Prozent für besonders tierfreundliche Stallhaltungssysteme
- Beschränkung der Investitionshilfen auf 40 Grossvieheinheiten (GVE) je Betrieb, respektive 80 GVE für gemeinschaftli-

che Tierhaltungsformen, sofern grössere Bauten realisiert werden

- Unterstützungsmöglichkeit für den Kauf bestehender Ökonomie- und Alpgebäude anstelle einer baulichen Massnahme
- Beiträge nur im Berg- und Hügellgebiet sowie im Sömmerungsgebiet für Gebäude für Raufutter verzehrende Tiere
- Pauschale Starthilfe für Junglandwirte bis 35 Jahre von maximal 100 000 Franken
- Wegfall der Unterstützung von Land- und Inventarkäufen

Beim *landwirtschaftlichen Hochbau* werden die Investitionshilfen pauschal ausgerichtet. Dies bedeutet, dass zum Beispiel beim Bau einer Scheune ein fester Betrag je Grossvieheinheit gewährt wird. Damit werden kostengünstige Lösungen gefördert und ein stärkerer Anreiz zur Eigenkapitalbildung geschaffen.

Um Investitionshilfen zu erhalten, müssen klare Voraussetzungen erfüllt sein: Der Betrieb bietet, allenfalls zusammen mit einem nichtlandwirtschaftlichen Zuerwerb, längerfristig eine Existenz und dessen Bewirtschaftung erfüllt die Anforderungen für den ökologischen Leistungsnachweis. Der Gesuchsteller muss sich über eine abgeschlossene, landwirtschaftliche Ausbildung oder eine mehrjährige erfolgreiche Betriebsführung ausweisen. Die Finanzierbarkeit und die Tragbarkeit müssen vor der definitiven Zusicherung der Investitionshilfen ausgewiesen sein. Besonderen Erschwernissen, wie ausserordentlichen Transportkosten, Baugrundschwierigkeiten und Anforderungen des Heimatschutzes kann bei den Beiträgen mit einem Zuschlag Rechnung getragen werden. Grundsätzlich werden Umbaulösungen im Vergleich zu Neubauten bevorzugt.

Mit pauschalen Investitionskrediten können Wohnhäuser, Ökonomiegebäude für Raufutter verzehrende Tiere sowie für Schweine und Geflügel unterstützt werden. Neu erhalten Junglandwirte als Eigentümer oder Pächter einen Investitionskredit als *Starthilfe*. Diese bezweckt die Erleichterung der Übernahme der Betriebsführung eines existenzfähigen, bauerlichen Betriebes.

Die Rückzahlungsfrist der Kredite beträgt für die Starthilfe 8 bis 12 Jahre und für bauliche Massnahmen 8 bis 20 Jahre, wobei in jedem Fall eine minimale jährliche Tilgung von 4000 Franken verlangt wird.

Gesetzliche Grundlagen:

- Bundesverfassung (BV) Artikel 31^{octies}
- Landwirtschaftsgesetz (LwG) Artikel 87–112
- Strukturverbesserungsverordnung (SVV) Artikel 1–13; 18–64
- Verordnung des BLW über die Abstufung der pauschalen Ansätze für Investitionshilfen

Betriebshilfe

Die Verordnung regelt die Gewährung von Betriebshilfedarlehen an Landwirte, die ohne eigenes Verschulden in eine Notlage geraten und unterstützungswürdig sind.

Die Betriebshilfe erlaubt die Ablösung bestehender Schulden durch zinsfreie Darlehen. Neu kann sie auch eingesetzt werden, wenn zukunftssträchtige Betriebe wegen veränderten wirtschaftlichen und agrarpolitischen Rahmenbedingungen vorübergehend in finanzielle Schwierigkeiten geraten und mit der Hilfe das Weiterbestehen ermöglicht wird. Das Parlament hat die Unterstützung gemäss diesem Tatbestand auf zehn Jahre beschränkt.

Die Ablösung bestehender verzinslicher Schulden durch ein zinsfreies Betriebshilfedarlehen ermöglicht, die eingesparten Zinsen für die Tilgung des Fremdkapitals einzusetzen.

Allfällige Verluste für Fälle, die nicht dem Genehmigungsverfahren unterstehen, gehen neu voll zu Lasten der Kantone.

Gesetzliche Grundlagen:

- Bundesverfassung (BV) Artikel 31^{octies}
- Landwirtschaftsgesetz (LwG) Artikel 78–86
- Betriebshilfeverordnung (BHV)

Bundesamt für Landwirtschaft
Abt. Strukturverbesserungen
Mattenhofstrasse 5
CH-3003 Bern

Politique agricole PA 2002: nouvelle législation

La PA 2002 crée les conditions permettant à l'agriculture de tirer une valeur ajoutée appropriée d'une production durable. La diversité du monde paysan suisse, qui nous est familière, sera donc préservée au-delà de l'an 2002. En raison de la marge de manœuvre plus étendue dont disposeront les agriculteurs, on peut même s'attendre à une diversité accrue des activités, des modes de production et des structures. Notre pays comptera, comme à présent, des exploitations de grandeur et d'orientation diverses. Quant à la collaboration interentreprises et aux entreprises exploitées à titre accessoire, elles gagneront en importance.

*OFAG:
Division Améliorations structurelles*

Grâce au progrès technique, la production suisse de denrées alimentaires a augmenté de 9% en dix ans (1980 à 1990). Au contraire, la consommation par habitant est restée pratiquement stable, et la population résidente ne s'est accrue que de 6,4%.

L'attitude de la population vis-à-vis de l'agriculture a changé. Tandis que jadis, la quantité importait plus que la qualité, c'est l'inverse aujourd'hui: la population tient beaucoup à la protection des animaux et à celle de l'environnement et les consommateurs demandent de plus en plus souvent des produits de qualité munis d'une déclaration exhaustive.

La réforme agricole «PA 2002» a établi le contexte offrant à une agriculture diversifiée, performante et durable la possibilité de s'assurer une place dans notre économie moderne. La PA 2002 vise deux objectifs principaux:

- une production durable;
- l'amélioration de la compétitivité.

Les Chambres fédérales ont adopté la nouvelle loi sur l'agriculture (LAg) le 29 avril 1998.

Les auteurs de l'initiative populaire «Pour des produits alimentaires bon marché et des exploitations agricoles écologiques» (initiative des petits paysans) souhaitaient la suppression de toutes les interventions de la Confédération dans le secteur agricole et, en contrepartie, le versement de paiements directs maximums de 50 000 francs par an aux exploitations agricoles.

Le Conseil fédéral et le Parlement ont rejeté cette initiative, la jugeant partielle et estimant que son adoption empêcherait une évolution nécessaire et menacerait des milliers d'emplois. Le 27 septembre 1998, elle fut également rejetée par tous les cantons, à une nette majorité de 77% des voix.

L'étape suivante est celle de la concrétisation de la loi dans les ordonnances. Ainsi, le Conseil fédéral a adopté 37 ordonnances d'exécution le 7 décembre 1998. Ces ordonnances sont entrées en vigueur le 1^{er} janvier 1999, sauf les dispositions concernant l'économie laitière, qui seront mises en vigueur le 1^{er} mai 1999. Par la même occasion, 99 actes législatifs ont été abrogés. On a agi rapidement, afin que l'Etat puisse assurer dans un délai raisonnable des conditions-cadre fiables au secteur agro-alimentaire tout entier, et plus particulièrement aux agriculteurs, en leur offrant la marge de manœuvre dont ils ont absolument besoin pour être à la hauteur des enjeux.

Six ans après le lancement de la réforme agricole (septième rapport sur l'agriculture du Conseil fédéral) et deux ans à peine après l'adoption du nouvel article constitutionnel sur l'agriculture (art. 31^{octies}) et la publication du message sur la PA 2002, on a donc franchi une étape décisive.

S'agissant des améliorations structurelles, trois nouvelles ordonnances sont déterminantes:

- l'ordonnance sur les améliorations structurelles, OAS
- l'ordonnance sur l'aide aux exploitations, OAE

- l'ordonnance de l'OFAG sur l'échelonnement des taux forfaitaires de l'aide à l'investissement, OFOR

Des structures appropriées contribuent à améliorer la compétitivité des chefs d'exploitation et à élargir leur marge de manœuvre. Les améliorations structurelles permettent par ailleurs de réduire les coûts de production, d'améliorer les conditions de vie à la campagne et de concrétiser des objectifs relevant de l'écologie et de l'aménagement du territoire. En outre, elles facilitent la prise en considération des intérêts de la protection des animaux et des eaux. Une aide à l'investissement supplémentaire incite les agriculteurs à installer des systèmes de stabulation particulièrement respectueux des animaux.

Ci-après, nous présentons en résumé les nouveautés ainsi que le contenu des trois ordonnances concernant les *améliorations foncières*, les *constructions rurales* et l'*aide initiale*, et l'*aide aux exploitations paysannes*.

Améliorations foncières

Nouveautés:

- Contributions plus élevées pour les mesures collectives et d'envergure que pour les mesures individuelles
- Contribution supplémentaire pour des mesures écologiques particulières
- Contribution spéciale en cas de financement difficile dans la région de montagne et d'estivage
- Contribution pour l'achat de terrains lié à la remise à l'état naturel de petits cours d'eau et à l'aménagement de réseaux écologiques
- Simplification de la procédure, abandon de la publication dans la Feuille fédérale
- Délégation aux cantons de l'approbation des projets, du contrôle, de la protection et de la préservation des ouvrages

La subdivision sommaire des améliorations foncières en mesures collectives et individuelles et l'échelonnement correspondant des contributions simplifie le système. Afin que les intérêts de l'agricultu-

re, de l'environnement et de l'aménagement du territoire puissent être pris en compte de manière plus appropriée et globalement, les taux de contributions maximums appliqués aux mesures collectives et d'envergure sont plus élevés que ceux alloués pour les mesures individuelles; cette distinction devrait inciter les maîtres d'ouvrage à regrouper les améliorations foncières à réaliser dans une région, pour autant que cela soit utile et possible. Le nouveau système d'échelonnement des contributions selon les types d'améliorations foncières répond à une philosophie fondamentalement nouvelle. Les suppléments pour les améliorations foncières qui sont difficiles à financer, réalisées dans la région de montagne et d'estivage, permettent de mieux tenir compte des exigences actuelles. De plus, on verse une contribution supplémentaire visant à promouvoir des mesures écologiques facultatives en l'absence d'une obligation découlant de la loi fédérale sur la protection de la nature et du paysage. L'achat de terrains lié à la remise à l'état naturel de petits cours d'eau et à l'aménagement de réseaux écologiques est désormais subventionnable.

On a également simplifié la procédure à suivre pour les projets. Point essentiel: l'examen et l'approbation des projets s'effectueront dorénavant au niveau cantonal. La publication en vue de permettre les recours des organisations à but non lucratif d'importance nationale relève désormais elle aussi de la compétence des cantons. Cela permet d'éviter les doubles emplois et d'accélérer la réalisation des projets.

Base légale:

- constitution fédérale (cst.), art. 31^{octies}
- loi sur l'agriculture (LAgr), art. 87 à 112
- ordonnance sur les améliorations structurelles (OAS), art. 1 à 42 et 49 à 64

Constructions rurales et aide initiale

Nouveautés:

- Passage de la solution consistant à financer les frais résiduels au système forfaitaire

- Octroi des aides à l'investissement forfaitaires par unité, calculées en fonction d'un programme déterminant de répartition des volumes et indépendamment du coût de la construction
- Conditions communes régissant l'entrée en matière sur les demandes relatives aux contributions et aux crédits d'investissements
- Limites de revenu et de fortune
- Supplément de 20% pour les systèmes de stabulation particulièrement respectueux des animaux
- Limitation des aides à l'investissement à 40 unités de gros bétail (UGB) par exploitation (80 UGB pour la garde d'animaux en commun), à condition que des constructions plus importantes soient réalisées
- Possibilité de soutenir l'acquisition de bâtiments d'exploitation et de bâtiments alpestres, si elle remplace une mesure de construction
- Contributions pour les bâtiments destinés aux animaux consommant des fourrages grossiers, prévues uniquement dans la région de montagne et des collines ainsi que dans celle d'estivage
- Aide initiale forfaitaire de 100 000 francs au plus pour jeunes agriculteurs âgés de moins de 35 ans
- Abandon du soutien des achats de terres et de cheptel vif et mort

En ce qui concerne *les constructions rurales*, les aides à l'investissement sont forfaitaires. Par exemple, un montant fixe par place de gros bétail sera consenti dans le cas de la construction d'un rural. Cela favorise des solutions peu coûteuses et incite à la formation du capital propre.

L'octroi d'une aide à l'investissement est subordonné à des conditions précises. L'entreprise est viable à long terme, éventuellement à la faveur d'une activité d'appoint non agricole, et l'exploitant prouve qu'il fournit les prestations écologiques requises. Le requérant dispose d'une formation agricole ou prouve qu'il a bien géré une entreprise pendant plusieurs années. Il doit être prouvé avant l'octroi définitif de l'aide que l'investissement prévu peut être financé et que la charge en ré-

sultant est supportable. Un supplément peut être octroyé en considération de difficultés particulières, telles que des frais de transport très élevés, un terrain de construction difficile et des exigences liées à la protection du patrimoine. En principe, on favorise les transformations par rapport aux nouvelles constructions.

Des crédits d'investissements forfaitaires peuvent être consentis pour des maisons d'habitation, bâtiments d'exploitation destinés aux animaux consommant des fourrages grossiers, porcheries et poulaillers. Qu'ils soient propriétaires ou fermiers, les jeunes agriculteurs recevront désormais un crédit d'investissement en tant *qu'aide initiale*. Celle-ci est une nouvelle mesure destinée à faciliter la reprise d'une exploitation paysanne viable.

Le délai de remboursement est de 8 à 12 ans pour l'aide initiale et de 8 à 20 ans pour les mesures de construction, un montant minimal de 4000 francs devant être payé chaque année dans les deux cas.

Base légale:

- constitution fédérale (cst.), art. 31^{octies}
- loi sur l'agriculture (LAgr), art. 87 à 112
- ordonnance sur les améliorations structurelles (OAS), art. 1 à 13 et 18 à 64
- ordonnance de l'OFAG sur l'échelonnement des taux forfaitaires de l'aide à l'investissement (OFOR)

Aide aux exploitations paysannes

L'ordonnance régit l'octroi de prêts au titre de l'aide aux exploitations à des agriculteurs qui sont tombés dans l'embarras financier sans en être responsables et qui méritent d'être soutenus.

L'aide aux exploitations paysannes permet aux bénéficiaires de convertir des dettes en prêts exempts d'intérêts. Cette aide pourra désormais aussi être accordée aux exploitants d'entreprises prometteuses qui sont confrontés temporairement à des difficultés financières résultant de l'évolution du contexte économique et des conditions-cadre de la politique agricole et à qui elle assure ainsi la viabilité de leur entreprise. Le Parlement a limité l'octroi

de l'aide dans ces cas à une durée de dix ans.

En convertissant leurs dettes productives d'intérêts en emprunts sans intérêt obtenus au titre de l'aide aux exploitations, les agriculteurs ont la possibilité d'utiliser le montant économisé pour rembourser les fonds étrangers.

Les cantons devront dorénavant assumer les pertes dans les cas qui ne sont pas assujettis à l'approbation de l'OFAG.

Base légale:

- constitution fédérale (cst.), art. 31^{octies}
- loi sur l'agriculture (LAgr), art. 78 à 86
- ordonnance sur l'aide aux exploitations (OAE)

Office fédéral de l'agriculture (OFAG)
Division Améliorations structurelles (DAS)
Mattenhofstrasse 5
CH-3003 Berne

VPK im Internet

<http://www.vpk.ch>

- VPK online (Vorabdrucke, Dossiers)
- Aktuelle Nummer mit Zusammenfassungen
- Inhalt laufendes Jahr
- Inhaltsverzeichnis ab 1951
- Bestellungen einzelne Nummer, Abos
- Bezugsquellenregister
- Veranstaltungskalender
- Impressum

MPG sur Internet

<http://www.vpk.ch>

- MPG online (articles, dossiers)
- Contenu de l'édition actuelle avec résumés
- Sommaire de l'année
- Sommaire dès 1951
- Commandes de numéros particuliers, abonnements
- Répertoire des fournisseurs
- Calendrier des manifestations
- Impressum



**schnell
sicher
modern
Sprechfunk**

**Neu
Jetzt schon ab
CHF 725.-
inkl. MWST.**

Kurz und bündig Anweisungen erteilen. Unmittelbar und direkt Informationen entgegennehmen. Schnell ausführen. Ohne zeitraubendes Wählen und Warten. Einfach Taste drücken und sprechen. Verbindung ist sofort hergestellt. Das ist Motorola Sprechfunk. Für jeden Anwender. Immer das passende Modell. Handlich, vielseitig und robust. Keine Gesprächsgebühren. Ideal für Service, Unterhalt, Sicherheit, Bau, Vermessung usw..

Professional Radio
MOTCOM
Communication

Motorola-Funkgeräte gibt's im Funkfachhandel oder bei:

**Gemeinde '99
Halle 1, Stand C122**

Motcom Communication AG
Herostrasse 9, 8048 Zürich
Tel. 01-431 90 90, Fax 01-431 90 78
www.motcom-com.ch
contact@motcom-com.ch

GRATIS-FUNK-KONTAKT 997

JA, ich bin an modernem Sprechfunk interessiert.

Bitte senden Sie mir das kostenlose **Funk-Info-Paket**.

Senden Sie mir bitte das **Händlerverzeichnis**.

Name/Vorname _____

Firma _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Telefax _____

Senden an: Motcom Communication AG, Herostr. 9, 8048 Zürich